

FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN NICHT ABSCHIEBEN!

Günter Burkhardt

■ Flüchtlingsinitiativen, Verbände, Kirchen und vor allem die Betroffenen selbst haben lange für ein Bleiberecht für Geduldete gekämpft. Einige Monate nach der Beschlussfassung der Innenminister zeichnet sich jedoch immer deutlicher ab: Die meisten Flüchtlinge bleiben in der Warteschleife. Die Hoffnungen konzentrierten sich nun auf den Deutschen Bundestag: Er muss im Rahmen des Zuwanderungsänderungsgesetzes endlich eine umfassende gesetzliche Bleiberechtsregelung beschließen. Doch auch hier wird verfahren nach dem Grundsatz: Der Berg kreißt und gebärt eine Maus.

Auf höchster Ebene wurde gestritten, bis feierlich alle als Sieger aus dem Gezerre herausgingen. Das Ergebnis ist etwas besser als der Beschluss der Innenminister. Doch das Kleingedruckte wird dazu führen, dass nur eine Minderheit der Geduldeten unter diese Regelung fallen wird. Einige zehntausend Menschen können sich nun berechtigte Hoffnungen auf einen weiteren Verbleib in Deutschland machen. Doch das Problem der Kettenuldungen wurde vertagt und nicht gelöst. Engstirnig, hart und gnadenlos empfinden viele in der Flüchtlingsarbeit die gefundene Lösung.

WEITERER EINSATZ IST ERFORDERLICH

Die Enttäuschung bei den Aktiven in der Flüchtlingsarbeit und vor allem den Betroffenen ist groß. Doch machen wir alle uns eines bewusst: Als PRO ASYL, Kirchen, Verbände und Initiativen vor rund

fünf Jahren die Bleiberechtskampagne starteten, war von allen Seiten zu hören: »Ihr habt keine Chance – es wird keine Bleiberechtsregelung geben.« Dennoch ist es uns in den letzten Jahren gelungen, in der öffentlichen Meinungsbildung entscheidend voranzukommen. Die Forderung, dass Menschen, die jahrelang in Deutschland leben, nicht abgeschoben werden sollen, setzt sich in der Gesellschaft immer mehr durch. In Kirchengemeinden, Schulen, Kindergärten und in der Arbeitswelt wurden Menschen aktiv. Die in der Flüchtlingsarbeit Tätigen dürfen sich nicht davon entmutigen lassen, dass politische Hardliner mit kleinherzigen Regelungen und Tricksereien im Verfahrensbereich eine großzügige Regelung verhindern. Der Einsatz für eine Bleiberechtsregelung muss und wird in Abwandlung des Slogans von Sepp Herberger weitergehen: Nach der Bleiberechtsregelung ist vor der Bleiberechtsregelung.

Für die Betroffenen wird die Situation in der Zwischenzeit immer bedrückender. Mit dem Plakat zum Tag des Flüchtlings greift PRO ASYL die Fragen dieser Menschen auf. Viel zu selten kommen die Betroffenen selbst zu Wort. Umso wichtiger ist es, dass Kirchengemeinden, Initiativen, usw. im Rahmen von Veranstaltungen zum Tag des Flüchtlings ein Forum bieten, in dem Flüchtlinge ihr Anliegen persönlich vorbringen und aktiv werden können. Diskussionsveranstaltungen mit Politikerinnen und Politikern, in denen Flüchtlinge ihre Lebensgeschichte und ihre Erfahrungen mit der Bleiberechtsregelung schildern, aktives Mitwirken bei Stadtteilstesten, Schulprojekttagen, Gottesdiensten, Kundgebungen etc. – die Bandbreite möglicher Aktivitäten ist groß.

DER TREND ZU VERMEHRTEN ABSCHIEBUNGEN

Während ein breites gesellschaftliches Bündnis für ein Bleiberecht kämpft, geht der politische Trend in die gegenteilige Richtung. CDU/CSU-Politiker sehen nach der politischen Einigung ein »großes Abschiebepotential«. Die Innenminister der Länder erhöhen den Druck. Selbst in Ländern wie den Irak oder Afghanistan soll abgeschoben werden.

Die Liste der kriegs- und krisengeschüttelten Herkunftsregionen, in denen Menschenrechtsverletzungen noch immer an der Tagesordnung sind, ist lang. Betroffene dorthin abzuschieben, bedeutet für sie Lebensgefahr. Dies muss in der politischen Debatte um den Schutz von Flüchtlingen in Deutschland im Vordergrund stehen. Eine genaue Analyse der aktuellen Menschenrechtslage in den Herkunftsländern ist bei Asylentscheidungen und beim Abschiebungsschutz unverzichtbar.

WEICHE WORTE – HARTE FAKTEN

Im letzten Jahr hatte der Bundesinnenminister mit einigen Absichtserklärungen überrascht, darunter die Erweiterung des Dialogs mit Muslimen, die Verstärkung von Integrationsmaßnahmen sowie die grundsätzliche Befürwortung eines Bleiberechts für Geduldete. Einige Signale deuteten auf mehr Offenheit gegenüber Migranten und Flüchtlingen. Doch die harten Fakten sprechen eine andere Sprache:

Unter dem Deckmantel der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht bereitet die Bundesregierung eine drasti-

sche Verschärfung des ohnehin rigiden Zuwanderungsgesetzes vor. Flüchtlingsinitiativen hatten sich von der Umsetzung von EU-Richtlinien grundsätzliche Verbesserungen im deutschen Asylrecht versprochen. Stattdessen reiht sich eine Verschärfung an die nächste:

- Verschärfung des Einbürgerungsrechts;
- Einschränkung des Familiennachzugs;
- die Einführung neuer Zurückweisungs- und Haftformen an den Grenzen, die Aushöhlung des Rechtsschutzes;
- Verschärfung der Ausweisungsbestimmungen;
- kein verbesserter Schutz vor Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete.

EUROPA VERSCHÄRFT DIE ABSCHOTTUNG

Auch auf europäischer Ebene ist es um den Schutz von Flüchtlingen nicht gut bestellt. Europa verzeichnet die niedrigsten Zugangszahlen seit Jahren. Nur noch rund 200.000 Asylanträge wurden im Jahr 2006 in der EU gestellt. Die Bundesrepublik hat die niedrigste Asylozugangszahl seit 30 Jahren zu verzeichnen. Ein Viertel der Antragstellerinnen und Antragsteller wird jedoch mit Hinweis auf die Dublin II-Verordnung an einen anderen EU-Staat verwiesen. Zuständig für das Asylverfahren ist demnach der Staat, über den die Flüchtlinge eingereist sind. So schieben sich die europäischen Staaten untereinander die Verantwortung zu. Ohne dass garantiert ist, dass Schutzsuchende wenigstens ein faires Asylverfahren erhalten.

Vor allem den Randstaaten der EU werden durch die Dublin II-Verordnung ungleich mehr Verpflichtungen aufgebürdet. Dabei wird vieles bewusst in Kauf genommen: Flüchtlinge werden zuweilen unter Missachtung des Völker- und EU-Rechts, ohne Prüfung ihrer Asylgründe einfach über die Grenzen zurückgeschickt. Inhaftierungen, Misshandlungen und Repressionen durch Grenzschrützer zeugen von einer immer härteren Gangart gegenüber Flüchtlingen an den Rän-



Das Plakat zum Tag des Flüchtlings 2007 ist vierfarbig im Format DIN A3 bei PRO ASYL erhältlich. Für die Bestellung verwenden Sie bitte das Bestellformular auf Seite 47.

dern der EU. Und dabei schaffen es die wenigsten überhaupt über die Grenzen. Mit militärischen Mitteln und Allianzen mit EU-Anrainerstaaten wie Libyen, Marokko und der Ukraine, in denen die Situation der Menschenrechte problematisch ist, arbeitet die EU verstärkt daran, Flüchtlinge schon weit vor den eigenen Toren aufzuhalten. Tausende Flüchtlinge und Migranten verlieren jährlich ihr Leben, wenn sie auf immer riskanter werdenden Wegen nach Europa zu gelangen versuchen.

Während in Europa die Einsicht wächst, dass angesichts der drohenden Klimakatastrophe und der ökonomischen Globalisierung Insellösungen von Nationalstaaten nicht zukunftsträchtig sind, wird bei der Lösung des weltweiten Problems von Flucht und Migration einseitig auf Abschreckung und Abschottung gesetzt. Wenn Flüchtlinge nur weit genug von Europa entfernt sind, dann wird sich

hier schon kaum jemand mehr über ihr Schicksal aufregen und sich darum kümmern. Genau dieser Absicht müssen die Unterstützerinnen und Unterstützer von Flüchtlingen entgegenwirken. ■